

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

23. Sitzung (neu)

Innen- und Rechtsausschuss

11. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Oktober 2000, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Wolfgang Fuß (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Reinhard Sager (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Rainer Wiegard (CDU)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete des Finanzausschusses

Renate Gröpel (SPD)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Monika Schwalm (CDU) Vorsitzende
Klaus-Peter Puls (SPD)
Thomas Rother (SPD)
Anna Schlosser-Keichel (SPD)
Jutta Schümann (SPD)
Thorsten Geißler (CDU)
Klaus Schlie (CDU)
Dr. Johann Wadephul (CDU)

Fehlende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Peter Eichstädt (SPD)

Günther Hildebrand (F.D.P.)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan de Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/337	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/290	
• E i n z e l p l a n 0 4	
• K a p i t e l 1 2 0 4	
• E i n z e l p l a n 1 6	
• K a p i t e l 1 6 1 6	
2. Zentraler Stellenpool für Schwerbehinderte sowie kw-Stellenpool für Schwerbe- hinderte	7
Vorlage der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung Umdruck 15/189	
3. Verschiedenes	8

Die Vorsitzende des federführenden Ausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan de Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/337

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001
(Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/290

- Einzelplan 04
- Kapitel 1204

- Einzelplan 16
- Kapitel 1616

Einzelplan 04

Der Ausschuss bittet um eine Auflistung möglicher Alternativen zur Fahrzeugbeschaffung.

Sodann wünscht der Ausschuss eine Auflistung der durch COMPAS-neu und INPOL-neu entstehenden Kosten nach Vorliegen der auf Bundesebene gemachten Vorgaben. - In diesem Zusammenhang bittet Abg. Wiegard um Darstellung der Planungen hinsichtlich der Ausstattung der regionalen Polizeidienststellen mit einem Informationssystem.

M Buß sagt auf eine Frage von Abg. Schlie zu, dem Ausschuss eine Auflistung der Maßnahmen zuzuleiten, die aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit in Kapitel 0401 gefördert werden sollten.

Er sagt weiter zu, die Frage von Abg. Heinold schriftlich zu beantworten, wie viele Polizeibeamte im Rahmen des Projektes „Prävention im Team“ beteiligt sind.

Die Vorsitzende bittet um eine Auflistung der Aufgabenbereiche der Mitglieder des Polizeiorchesters neben der Tätigkeit im Orchester.

Abg. Schlie bittet um Darstellung der Entwicklung im Bereich der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei.

Kapitel 1204

Abg. Neugebauer bittet um Darlegung der konzeptionellen Vorstellungen der Landesregierung bezüglich der Erweiterung der Fachhochschule Altenholz.

Einzelplan 16

Kapitel 1616

Abg. Schlie bittet um Darstellung der Einkommensgrenzen für die unterschiedlichen Förderwege im Rahmen der Wohnungsbauförderung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zentraler Stellenpool für Schwerbehinderte sowie kw-Stellenpool für Schwerbehinderte

Vorlage der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung
Umdruck 15/189

Herr Eggers trägt die aus Umdruck 15/189 ersichtlichen Vorschläge zum zentralen Stellenpool für Schwerbehinderte sowie zum kw-Stellenpool für Schwerbehinderte vor.

St Lorenz nimmt dazu wie folgt Stellung. Das Kabinett habe sich mit dem Thema Verbesserung der Situation der Schwerbehinderten in der Landesverwaltung bereits befasst. Derzeit werde die Schwerbehindertenrichtlinie fortgeschrieben. Im Bereich der Stellensituation teile er nicht die Einschätzung, dass eine Verlagerung von Stellen ohne Budget nichts bewirken werde. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn ein Budget aufgestockt würde; es gebe allerdings im Rahmen der Budgets immer Bewegungsmöglichkeiten. Er teile die Einschätzung, dass Handlungsbedarf bestehe. Über die konkrete Umsetzung werde zwischen den Ressorts noch verhandelt werden müssen. Dazu werde er zu gegebener Zeit berichten können.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden bestätigt St Lorenz, dass diese Diskussion im Rahmen der Nachschiebeliste abgeschlossen werden müsste.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion über die bestehende gesetzliche Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten bittet Abg. Kubicki die Landesregierung um eine Vorlage, die eine konkrete Umsetzung dieser Verpflichtung enthält. - Die Vorsitzende verweist auf die Aussage von St Lorenz hinsichtlich der Aufnahme dieser Thematik im Rahmen der Nachschiebeliste.

Auf eine Frage des Abg. Neugebauer hinsichtlich der Erfüllung der Pflichtquote verweist Herr Jänisch auf den Haushaltsentwurf. Alle Schwerbehinderten, die sich bewürben, würden zu den entsprechenden Eignungstests zugelassen. Bei der nachfolgenden Auswahl gälten allerdings die Kriterien Eignung und fachliche Leistung. Diese Kriterien erfülle nicht die erforderliche Anzahl von Schwerbehinderten, um der Pflichtquote genüge tun zu können.

Abg. Heinold weist in diesem Zusammenhang auf die gesetzliche Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten hin.

P Korthals gibt zu bedenken, dass man nicht die Augen davor verschließen dürfe, dass praktisch kein Ressort in der Lage sei, die jeweiligen Quoten zu erfüllen. Eine Erfüllung des gesetzlichen Auftrags Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsprozess könne er nicht erkennen. Er könne sich jedoch eine andere Lösung vorstellen als die von der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung vorgetragene, nämlich eine Auflösung des kw-Pools und eine Überführung dieser Stellen in den zentralen Stellenpool für Schwerbehinderte.

Abg. Fuß bittet die Vertreter der Landesregierung, dem Ausschuss eine Einschätzung des Landesarbeitsamtes beziehungsweise der Arbeitsämter in Bezug auf tatsächliche Möglichkeiten der Beschäftigung von Schwerbehinderten zukommen zu lassen.

St Lorenz legt dar, in der Vergangenheit habe es eine Reihe von Bemühungen gegeben, die Pflichtquote zu erfüllen. Das sei mehr oder weniger gelungen. Hinzuweisen sei in diesem Zusammenhang etwa auf den Polizeibereich, wo eine Schwerbehinderung die Vollzugsdiensttauglichkeit ausschließe. Die Landesregierung verfolge das Ziel, hier zu optimieren. Er sei allerdings sicher, dass die gesetzliche Vorgabe nicht auf Schlag werde erfüllt werden können. Er könne nur feststellen, es gebe ein gemeinsam verfolgtes Ziel und das Ziel, die Instrumente zur Umsetzung dieses Ziels zu optimieren.

Herr Eggers spricht sich abschließend vehement für eine Verlagerung der einzelnen mit Schwerbehinderten besetzten Stellen auf die Ressorts aus.

Die Vorsitzende schließt die Diskussion an dieser Stelle mit dem Hinweis, dass das Innenministerium aufgefordert werde, diese Problematik im Rahmen der Nachschiebeliste anzugehen.

* * *

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

* * *

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Kähler

gez. Tschanter

Vorsitzende

Protokollführerin